



F r e i e H a n s e s t a d t B r e m e n

**Rede des Präsidenten des Senats,
Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte,
zur Einführung einer Übergewinnsteuer
in der 1063. Sitzung des Bundesrates
am 27. März 2026**



Rede von
Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte
am 27. März 2026 in der 1063. Sitzung des Bundesrates

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

bevor ich gleich auf den von Bremen, Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern eingebrachten Antrag und auf den vorliegenden Gesetzentwurf eingehe, möchte ich betonen, mit welcher großer Sorge ich auf die aktuelle Lage in Nahost schaue.

Vor ziemlich genau einem Monat hat der Angriff Israels und der USA auf den Iran begonnen und ein Ende ist derzeit nicht absehbar.

Jeden Tag werden Angriffe geflogen, immer wieder gibt es Tote und Verletzte im Iran, in Israel und auch in angrenzenden Staaten der Region. Leid und Zerstörung nehmen zu. Das muss so schnell wie möglich aufhören. Wir brauchen dringend eine Deeskalation der Kämpfe und einen Waffenstillstand.

Unsere Gedanken sind bei allen betroffenen Menschen in der Region und selbstverständlich auch bei allen Angehörigen hier in Deutschland, die um Familie und Freunde bangen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Die Bundesregierung hat sehr deutlich gemacht, dass der Iran-Krieg politisch nicht unser Krieg ist und Deutschland sich auch nicht militärisch einbringen wird. Trotzdem spüren wir die Auswirkungen natürlich auch bei uns.



Rede von
Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte
am 27. März 2026 in der 1063. Sitzung des Bundesrates

Bereits kurz nach Beginn der Angriffe mussten Autofahrerinnen und Autofahrer deutlich mehr für Benzin, Super und Diesel zahlen. Denn in Windeseile haben die Ölkonzerne die Preise erhöht, so wie sie es schon 2022 zu Beginn der letzten Energiekrise getan hatten. Damals wie heute besteht der begründete Verdacht, dass die Konzerne nicht einfach nur erhöhte Einkaufspreise an die Verbraucher weitergeben, sondern den Krieg und ihre Marktmacht ausnutzen, um sich mit unangemessenen Übergewinnen die Taschen vollzumachen.

Das ist inakzeptabel und unanständig. Deshalb hat sich Bremen auf den Weg gemacht und eine Bundesratsinitiative gestartet, die ihnen heute hier zur sofortigen Sachentscheidung vorliegt.

Was wir jetzt brauchen, ist, untechnisch formuliert, eine Spritpreislöscher zur Entlastung der Verbraucherinnen und Verbraucher, um einer drohenden Inflationsspirale von vornherein entgegenzuwirken. Allerdings darf eine solche Entlastung nicht in erster Linie auf Kosten der öffentlichen Haushalte erfolgen. Wir brauchen deshalb zur Gegenfinanzierung dringend eine Übergewinnsteuer, mit der unangemessene Extraprofite zu Gunsten der Allgemeinheit abgeschöpft werden. Es kann nicht angehen, dass es erneut Großkonzerne sind, die von weltweiten Konflikten profitieren, während die Bürgerinnen und Bürger die Zeche zahlen.

Eine Übergewinnsteuer ist aber für mich nicht nur eine Frage der Finanzen. Sie ist vor allem auch eine Frage der Gerechtigkeit und damit des sozialen Friedens in unserem Land.

Aktuelle Berechnungen zeigen, dass sich der tägliche Übergewinn der Mineralölkonzerne im deutschen Tankstellenmarkt im Moment auf rund 20 Millionen Euro beläuft. Auf 20 Millionen Euro pro Tag, wohlgemerkt!



Rede von
Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte
am 27. März 2026 in der 1063. Sitzung des Bundesrates

Diese Zahl zeigt deutlich, dass die Ölbranche mit den Preiserhöhungen nicht nur die Bewegungen auf dem Weltmarkt weitergibt. Sie verkauft günstig eingekauftes Öl einfach teuer weiter, weil sie es kann.

Und auch das Argument, die Preise an den Zapfsäulen müssten vorsorglich steigen, weil die Dauer der Blockade nicht absehbar und die Neubeschaffung ansonsten nicht gesichert sei, kann man nicht gelten lassen. Das unternehmerische Risiko wird dadurch einfach auf die Verbraucherinnen und Verbraucher abgewälzt. Um mögliche Gewinneinbußen in der Zukunft zu kompensieren, werden die Gewinnmargen schon jetzt ausgeweitet. Dem muss ein Riegel vorgeschoben werden.

Und ja, allein durch eine Übergewinnsteuer werden die Spritpreise nicht fallen, dafür braucht es ein ganzes Paket von Maßnahmen.

Ich begrüße daher ausdrücklich, dass die Bundesregierung mit dem vorliegenden Gesetzentwurf wichtige Punkte aufgegriffen hat, die zur Entlastung der Verbraucherinnen und Verbraucher führen:

- Preise dürfen nur noch einmal am Tag erhöht werden.
- Ölreserven werden freigegeben.
- Eine verschärfte kartellrechtliche Prüfung wird eingeführt.
- Einkaufspreise sollen offengelegt werden.
- Und eine Preisobergrenze an Tankstellen wird geprüft.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

diese Maßnahmen dürfen aber natürlich nicht von unserem langfristigen Ziel ablenken: Wir brauchen einen konsequenten Ausbau erneuerbarer Energien, um eine umfassende Elektrifizierung in allen Sektoren zu ermöglichen und die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern weiter zu verringern.



Rede von
Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte
am 27. März 2026 in der 1063. Sitzung des Bundesrates

In diesem Zusammenhang müssen wir leider erneut feststellen, dass die Strompreise in Deutschland im europäischen Vergleich weiterhin auf einem hohen Niveau liegen und damit private Haushalte sowie Unternehmen erheblich belasten. Deshalb unterstreichen wir mit unserem Antrag die Forderung, die Stromsteuer kurzfristig für alle Nutzer auf das europäische Mindestmaß abzusenken und dauerhaft auf diesem Niveau zu stabilisieren.

Insbesondere die internationale Wettbewerbsfähigkeit energieintensiver Industrien ist in Deutschland durch zu hohe Strompreise erheblich beeinträchtigt. Insofern fordern wir die Bundesregierung mit unserer EntschlieÙung erneut auf, kurzfristig den genehmigten Industriestrompreis für energieintensive Unternehmen umzusetzen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

mit dem vorgelegten Maßnahmen-Mix schaffen wir die dringend nötige Entlastung der Verbraucherinnen und Verbrauchern und stärken zugleich unseren Wirtschaftsstandort. Durch die Einführung einer Übergewinnsteuer werden die entstehenden Kosten verursachergerecht zugeordnet und die öffentlichen Haushalte entlastet. Hierfür bitte ich um ihre Zustimmung.

Vielen Dank!